

Richard Meng

# Wir schaffen es (nicht).

Es gibt Fragen, denen geht man heutzutage  
lieber aus dem Weg. Große Bauprojekte?

Um Himmels Willen. Europäische Perspektiven?

Lieber nicht mehr drüber reden.

Klare Koalitionsaussagen vor Wahlen?

Wer flexibel sein will, legt sich nicht fest.

Auftritte vor möglichst allen erreichbaren Mikrofonen?

Nicht einmal das ist mehr ein Erfolgsrezept.

Denn wer sich äußert, wird angreifbar.

Und jetzt auch noch die vielen Flüchtlinge...

## Politik und Medien in der Selbstwertkrise

**SCHÜREN**

# DAS BUCH

**Ein sehr grundsätzliches Buch - zur rechten Zeit. Denn die große Verunsicherung durch die Flüchtlingsdebatte berührt Politik und Medien unmittelbar. Geschrieben von einem, der Politik und Journalismus von innen kennt. Es geht um die Zukunft unserer Gesellschaft. Um unser Selbstvertrauen als offene Demokratie. Um Wege in einer Zeitenwende, in der uns nichts mehr unberührt lässt, was in der Welt passiert.**

Dieses Buch beschreibt Verhältnisse, an die wir uns nicht gewöhnen sollten. Es zeichnet nach, wie in Politik und Medien auf Selbstschutz umgestellt wird. Durch Vorrang für Problem- und Risikovermeidung - und gleichzeitig immer mehr Hau-Drauf-Populismus.

Führen wollen, Verantwortung übernehmen, Gestaltungsspielräume für die eigenen Ideen nutzen: Und dabei Gefahr laufen, von einem vielstimmigen Chor betroffener oder sich nur betroffen gerierender Meinungs- und Stimmungsmacher auf allen Online- und Offline-Kanälen der Unfähigkeit bezichtigt zu lassen? Was bedeutet das für das Selbstverständnis derjenigen, die politisch handeln wollen und eigentlich auch müssen? Und umgekehrt: Wie kann im Milieu von Dauerprotest und Dauerskandalisierung verantwortungsvoller und kritischer Journalismus aussehen?

Zu betrachten ist mittlerweile eine tiefe Selbstwertkrise, sowohl auf Seiten der Politik als auch auf Seiten der Medien. Eine Verunsicherung, mit der die Gefahr wächst, dass verloren geht, was die Demokratie stabil hält: Haltung. Zu betrachten sind aber auch die Chancen, die sich bieten. Vor allem: Die kulturelle, zivile Kraft, die sich in einem Land voller Vielfalt entwickelt hat - gegen den Rückfall in altes nationales Denken. Diese Kraft ist nicht Wunschtraum, sie ist Realität.

Ein neuer, schonungsloser Blick auf unsere Gesellschaft als Ganzes. Soweit es dieses Ganze noch gibt.



# DER AUTOR



DR. RICHARD MENG, geb. 1954, Sozialwissenschaftler und Publizist, kennt sowohl den Journalismus als auch die Blickperspektive der Politik auf Aktualität und Gesellschaft. Er war zwischen 1984 und 2007 Redakteur und Korrespondent der Frankfurter Rundschau in Wiesbaden, Bonn und Berlin, zuletzt als stellvertretender Chefredakteur, sowie zwischen 2007 und 2014 Sprecher des Berliner Senats. Zu seinen Buchveröffentlichungen zählen «Der Medienkanzler - Was bleibt vom System Schröder?» (2002) sowie «Merkelland - Wohin führt die Kanzlerin?» (2006). Er lehrt u.a. an der Freien Universität Berlin und der Universität Marburg zu Fragen der politischen Kommunikation und Medienpraxis sowie zum politischen System in der Mediengesellschaft.

# 3 Fragen an Richard Meng

## **Was hat Sie bewogen, dieses Buch zu schreiben?**

Es war vor allem die Lust darauf, die eigenen Gedanken neu zu bündeln. In den vielen Jahren im politischen Journalismus und als Regierungssprecher ist mir immer wieder aufgefallen, wie unterschiedlich die Leute aus ihren verschiedenen Rollen heraus dasselbe wahrnehmen. Und wie ähnlich sie sich dabei auch wiederum sind. Wie selten dabei noch das Ganze der Gesellschaft empfunden wird. Das Buch beschreibt, wie unser öffentliches System heute tickt. Nicht pessimistisch gemeint, wie das oft im Journalismus der Fall ist. Sondern Analyse als Schritt zur Veränderung. Wir erleben ja gerade, um wie viel es wieder geht in der Politik.

## **Ihr Rat für angehende Journalisten?**

Neugierde bewahren. Ohne die ist man falsch in diesem wichtigen Beruf. Neugierde bedeutet aber auch, nicht immer schon vorher alle Thesen zurechtzulegen, die einem dann die Wahrnehmung verstellen. Sondern offen zu sein für das, was man erlebt. Und trotzdem einen Standpunkt zu haben, eine Haltung mit Grundsätzen, von der aus man die Welt betrachtet. Das ist kein Widerspruch, auch wenn heute viele so tun - und deshalb Gefahr laufen, selbst opportunistisch zu werden. Die populistische Politikverachtung, die man im Journalismus häufig spürt, wird mir immer unerträglicher.

## **Ihr Rat für Menschen, die in die Politik gehen wollen?**

Nerven behalten - und Geduld haben. Beides ist nicht gerade modern. Wer schnell nervös wird, lässt sich schnell treiben. Von der Konkurrenz im ewigen Machtkampf oder durch Medien. Diese elende Fixierung auf das Heute und Jetzt ist leider allgegenwärtig. Dabei gilt auch hier: Auf Haltung und Grundsätze kommt es am Ende mehr an, selbst wenn man zwischendrin dafür kritisiert wird. Der Aufschwung der Populisten zeigt, dass es grundfalsch ist, ihnen nicht eindeutig zu widersprechen. Ich denke, wir stehen in Europa vor einer sehr politischen Zeit, in der es wieder extrem wichtig wird, dass viele sich innerhalb der Politik engagieren und nicht nur von außen lästern. Ernsthaft, mit Mut und klaren Werten.

# LESEPROBE

## **Inhalt:**

- Einführung: Auf eigene Rechnung
- I. Vermeiden statt scheitern
- II. Das Innenbild der Macht
- III. Anleitung zum Unzuständig-Sein
- IV. Starke, schwache Medien
- V. Das Deutschland-Labor
- Ausblick: Im Spektrum der Möglichkeiten

## **I. Vermeiden statt scheitern**

Weil es in einer Vermeidungsgesellschaft clever ist, sich klaren Positionierungen und den damit verbundenen Risiken zu entziehen, ist es auch klug, abzuwarten - bis sich Chancen ergeben, oder eben nicht. Klüger jedenfalls, als Rückschläge in Kauf zu nehmen. Das ist ein Lebensprinzip, nicht nur ein Politikprinzip. Eines, das zur wieder gewachsenen Bedeutung des Privaten und Familiären ebenso passt wie zu einer sensiblen Individualität, die alte Kollektivpanzerungen aus der Zeit der traditionellen Hierarchien hinter sich lässt, Verletzlichkeit nicht leugnet. Es passt aber genauso zu einer egoistischen Individualität, die auf eigene Rechnung und frei von Rücksichten agiert.

Wer über Politik in dieser Vermeidungsgesellschaft nachdenkt, landet schnell bei der Erkenntnis, dass die Rückkehr zur alten Form der Stellvertreter- und Institutionenpolitik kein gangbarer und angemessener Weg wäre. Schon deshalb nicht, weil längst schon nicht mehr die Besten, Cleversten, Überzeugendsten diesen Weg gehen. Und weil diejenigen am Rande der Gesellschaft, die wirtschaftlich abgehängt sind und von denen im Normalalltag kaum noch jemand redet, auch von runderneuerter Stellvertreterpolitik nicht mehr erreichbar wären. Weil sich hier eine grundsätzlich neue Integrationsaufgabe aufbaut.

Eher scheint es so, als ob die Selbstwertkrise des Politischen im positiven Fall ein Zwischenstadium sein könnte auf dem Weg zu etwas Neuem, das den alten Idealismus ergänzen müsste. Aufbauend gewiss auf Ernsthaftigkeit und Geduld und fachlicher Expertise. Aber eben auch auf neuer Offenheit, Flexibilität und Diversität. Bunter, manchmal vielleicht unberechenbarer, passender jedenfalls zur Entwicklung der Gesellschaft. Dabei aber wieder stärker an Inhalten ausgerichtet, weniger an Performance.

Das mag nur eine Hoffnung sein, wenn man sich die reale Entwicklung anschaut. Aber diese Hoffnung muss der genaueren Betrachtung doch vorangestellt sein, sonst setzt sich ein falscher Pessimismus fest. Jedenfalls muss klar sein: Vermeidungsverhalten in der Politik ist keine Panne und kein Fehlgriff, es ist die logische Konsequenz aus Erfahrungen. Insbesondere aus Erfahrungen mit dem oberflächlichen, ach so vergesslichen Alarmismus in der medialen Öffentlichkeit.

## **Sehnsuchtsort Frustrepublik**

Anfangs war es ein Gegenwartsreflex, als die Kanzlerin die Grenzen für ein paar tausend in Ungarn festsitzende Syrien-Flüchtlinge öffnete. Momentanpolitik, die langfristige Dimension nicht unbedingt auf dem Schirm. Deutschland war wegen des Finanzstreits um Griechenland europaweit monatelang als zu hartherzig geziehen worden - nicht zuletzt aus Regierungen, die sich selbst tagespolitisch ganz gerne hinter

einer klaren Berliner Haltung versteckten. Gerade waren rechte Schläger vor einem Flüchtlingsheim in Sachsen aufmarschiert, war die Kanzlerin bei einem Empathiebesuch dort persönlich beschimpft worden.

Nun also, so schien es in diesem Schlüsselmoment ihrer gesamten Kanzlerschaft: Helld Deutschland statt Dunkel Deutschland. In der Abwägung, dass diese Flüchtlinge ein paar Wochen später sowieso da gewesen wären. Der Weg des geringeren Schadens sollte es sein und der Weg der Humanität. Tagesrationalität durchaus, Situationshumanismus. Mit einer ungeplanten anderen Botschaft dann aber eben auch. Denn mit dieser einzigen situativen Geste, der die Willkommensbilder der Moralengagierten an den deutschen Bahnhöfen folgten, hatte Deutschland sich für zuständig erklärt. Und damit allerlei Vermeidungskünstlern die Chance zur Unzuständigkeit geöffnet. Es war nur einer der Effekte, aber nicht der unwichtigste: Prompt verschwanden die Regierungen der meisten Nachbarländer in ihren Schneckenhäusern.

«Was sonst hätten wir machen sollen?», fragte die Kanzlerin Monate später in einem Interview mit treuherzigem Augenaufschlag zurück, als die Stimmung sich zu drehen begann. Grenzschießung, wie soll das funktionieren bei 3000 Kilometern Landgrenze? Die Menschen würden, irgendwie, trotzdem kommen. Das war die Analyse - im konkreten Momentum. Aus einer Geste wurde eine Wegweisung samt Schlupflochreflex anderswo, unter Mithilfe vieler Gutwilliger. Der Medien inklusive, die in Schlüsselsituationen stets zu Transporteuren von emotionalen Stimmungen und (noch wichtiger) Bildern, zu den mitentscheidenden Handlungsbeschleunigern werden.

«Kann ein Staat heute nicht mal mehr selbst bestimmen, wer ihn betritt?», fragte die Frankfurter Allgemeine Wochen später böse in einem Kommentar. Das war dann der Punkt, an dem die Konservativen aufwachten. Ein Punkt aber auch, an dem es für eine Kurskorrektur nach neuer Stimmungslage aus Sicht des Kanzleramts zu spät war. Die Republik war auf dem Weg des geringeren Schadens in die größte Herausforderung seit der deutschen Vereinigung geschlittert, in den Nachbarländern war längst auf Vermeidungsreflex umgeschaltet. Jetzt, da die Deutschen sich den Schuh angezogen hatten.

Man kann das als eine recht zynische Sicht auf ein epochales humanitäres Thema sehen. Aber genau da liegt das Problem. Aus dem vernünftigen Gegenwartsreflex ist eine veritable Akzeptanzkrise geworden. Eine mit zunehmend hysterischen Zügen, zumal nach dem, was nun in die Silvesternacht von Köln hinein fantasiert wird. Eine aber auch, die immer neue und immer umfassendere Problemstellungen der Integration bewusst macht. Ein dringender Lernprozess, einerseits. Aber zugleich einer, der von immer neuen Angstwellen begleitet wird. Es hat etwas von Zeitenwende - nur: wohin?

Akzeptanzkrisen verbunden mit politischen Zeitenwenden hatte es in den Nachkriegsjahrzehnten mehrfach gegeben und das war meistens gut so. Die politisch-kulturelle Aufbruchzeit der Jungen im Westdeutschland der 60er und frühen 70er Jahre, später dann die Massenproteste gegen Raketenstationierung und Atompolitik, die Implosion des DDR-Regimes von 1989 und der schnelle Weg zur deutschen Vereinigung: In solchen Phasen sind Bürgerbewegungen ihren eigenen Weg gegangen und haben damit kurz- und mittelfristig die Gesellschaft verändert und für grundlegende Kurskorrekturen gesorgt.

Das freilich waren vergleichsweise eindeutige, zielgerichtete und hochpolitische Konfrontationen, hervorgerufen durch sozial vernetzte Friedens- und Freiheitsbewegungen. Inzwischen zeigen sich Protest und Widerspruch kleinteiliger, permanenter, manchmal auch rücksichtsloser, nicht zuletzt selbstbezogener. Kaum ein Projekt, kaum ein Impuls stößt nicht sofort auf gut organisierte Widerstände bei denen, die sich negativ betroffen fühlen. Verkehrswege, Stromleitungen, selbst Wohnungsbau: Insbesondere bei öffentlichen Baumaßnahmen geht nichts mehr ohne Rechtsstreit durch alle Instanzen.

Das Land, das europaweit als wirtschaftlich besonders stark geschätzt und gefürchtet ist, das als vergleichsweise kompetent und solide regiert gilt, dessen Disziplin und Verlässlichkeit weltweit zur Marke wurden, erlebt sich selbst dabei als konfus und dialogunfähig. Das Land, das von außen - siehe Flucht- und Migrationsbewegungen - immer mehr zu einem der Sehnsuchtsorte für Menschen wurde, die ein besseres Leben suchen, ist im Inneren eher Frustrpublik. Und die Politik selbst hat für Beteiligungsformate gesorgt, mit denen professionalisierte Lobbygruppen die Regie des Protests übernehmen. Nicht selten richtet der sich dann gegen Veränderung schlechthin. Die Philosophie dahinter ist eine bürgerliche Milieu-

schutz-Philosophie, die das Bestehende als (noch) intakt empfindet und jede denkbare Zukunft eher als Verschlechterung.

Die Politik, schreibt Blühdorn (2013, 18), befinde sich in einer «permanenten Notstandslage, einem andauernden Verteidigungsfall». Im Verhältnis moderner Bürger zu ihr sei «grundsätzlich etwas in Bewegung geraten». Dabei spielt der Negativismus aus Teilen der Medienwelt zwar eine treibende Rolle, aber es wäre viel zu einfach, damit ursächlich alles zu erklären. Genauso wenig wie es ausreicht, die Dimensionierung einzelner strittiger Bauprojekte - wie das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 - zur alleinigen Ursache für den daran entzündeten Bürgerprotest zu erklären. Sie sind Symbole geworden. Symbole aber genauso für eine gegenseitige Sprach- und Verständnislosigkeit und die fatale Ungleichzeitigkeit von Ideenentwicklung, Planung und Umsetzung.

Ein typisches Paradox ist in diesem Zusammenhang: Je intensiver Politik seit Jahrzehnten versucht hat, Bürgereinwände aufzugreifen und Fehler auszuschließen, desto komplizierter und langwieriger sind die Planungsverfahren geworden. Zu einem Teil ist diese Langwierigkeit also Ergebnis erfolgreichen Einspruchs, gewachsener Sensibilität, zum Beispiel hinsichtlich der Umweltauswirkungen. Das hat die zeitliche Entkoppelung zwischen Entscheidungs- und Realisierungsprozess immer weiter vorangetrieben in einer Gesellschaft, in der politische Emotionen - wenn überhaupt - nur noch gegenwartsbezogen aufkommen.



Richard Meng  
**Wir schaffen es (nicht).**  
**Politik und Medien in der Selbstwertkrise**

Schüren Verlag 2016  
ISBN 978-3-89472-295-1  
232 Seiten  
19,90 €

# Veranstaltungen, Lesungen

- 17. März 2016**      12.00 Uhr, Landesvertretung Niedersachsen, Berlin  
In den Ministergärten 10 • 10117 Berlin
- 8. April 2016**      Tucholsky Buchhandlung, Berlin  
Tucholskystraße 47 • 10117 Berlin (in Planung)
- Juni 2016**          Campustag Marburg (in Planung)

## Kontakt

Sie möchten ein Rezensionsexemplar, weiteres Pressematerial oder direkten Kontakt zum Autor? Sie benötigen Vorabfahnen für zeitnahe Besprechungen? Setzen Sie sich über **presse@schueren-verlag.de** oder telefonisch unter 06421 63085 mit mir in Verbindung, ich helfe Ihnen gerne weiter.

Nadine Schrey  
*Pressearbeit*